

WESTERWELLE-Interview für das "Badische Tagblatt"

WESTERWELLE-Interview für das "Badische Tagblatt"

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesaußenminister DR. GUIDO WESTERWELLE gab dem "Badischen Tagblatt" (Mittwoch-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte DIETER KLINK:
Frage: Herr Westerwelle, Sie haben mit anderen Außenministern der EU eine sogenannte Zukunftsgruppe gegründet, in der Sie über die Zukunft der EU nachdenken. Dabei kommen Sie zu dem Ergebnis: Mehr Europa. Warum?
Westerwelle: Wenn wir als Europäer in einer Welt mit vielen neuen Kraftzentren in Asien, in Lateinamerika und auch in Afrika unseren Wohlstand und unsere freiheitliche Lebensweise behaupten wollen, sind wir gut beraten, uns als Schicksals- und Kulturgemeinschaft enger zusammenzutun. Wenn ich sage: Mehr Europa, dann meine ich damit natürlich auch ein besseres Europa. Mehr Europa heißt nicht, dass sich Brüssel neue Aufgaben aneignet, die anderswo besser aufgehoben sind.
Frage: Was heißt besseres Europa aus Ihrer Sicht?
Westerwelle: Die Schuldenkrise hat doch gezeigt, dass manche Entscheidung zu lange gebraucht hat. Die Strukturen in Europa sind noch nicht transparent und effizient genug. Daran müssen wir in den europäischen Institutionen arbeiten. Es ist wie im richtigen Leben: Aus einer Krise muss man und kann man auch lernen.
Frage: Kann es dabei in Europa auch mit verschiedenen Geschwindigkeiten vorangehen?
Westerwelle: Wir haben bereits jetzt ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Volle Reisefreiheit gibt es im Schengen-Raum, in dem nicht alle EU-Länder dabei sind. Die gemeinsame Währung gilt in 17 der 27 Mitgliedstaaten der EU. Und wir werden auch den nächsten Schritt der Integration in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehen müssen, denn Sicherheit ist in Europa zwischen den Ländern auf das engste miteinander verwoben. Wenn wir da gemeinsam vorangehen, kann das auch Einsparungen für die Steuerzahler mit sich bringen. Alle sind eingeladen, den Weg der europäischen Integration mitzugehen. Niemand ist ausgeschlossen oder würde ausgesperrt. Aber wer nicht oder noch nicht will, darf alle anderen nicht davon abhalten können. Wenn ich von einer weiteren Beschleunigung der Globalisierung spreche, geht es nicht noch mal um eine Zeitspanne von 50 Jahren, sondern um ein Jahrzehnt.
Frage: Alle sind eingeladen, auch die Briten. Die sagen gerne: Europa ist ein gemeinsamer Markt, mehr nicht.
Westerwelle: Europa ist mehr als eine Währung, auch mehr als ein Binnenmarkt. Europa ist eine politische Union, die sich mit eigenen Werten in der Welt behaupten will. Diesen Selbstbehauptungswillen müssen wir Europäer auch zeigen, indem wir zusammenhalten und unsere Union fortentwickeln. Nur so gewinnen wir auch das Vertrauen der Welt zurück. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Großbritannien in Sachen Europa etwas zögerlicher ist, ich erinnere mich noch gut an Margret Thatcher.
Frage: I want my money back, lautete ihr legendärer Spruch, mit dem sie britische Geldzahlungen zurückgefordert hat.
Westerwelle: Ja. Aber natürlich gehören die Briten zu Europa. Sie haben einen festen Platz im europäischen Haus.
Frage: Täuscht der Eindruck, oder haben Sie sich in Ihrem dritten Amtsjahr gewandelt: Sie haben Europa als Thema entdeckt.
Westerwelle: Ich habe beispielsweise schon vor einem Jahr auf unserem Bundesparteitag in Frankfurt mit einer proeuropäischen Rede Klartext gesprochen. Ihnen fällt nun die Arbeit unserer Zukunftsgruppe besonders auf. Neu ist mein Engagement für Europa aber nicht.
Frage: Aber Sie betonen diese Arbeit jetzt mehr.
Westerwelle: Der Boden, auf den diese Ideen fallen, ist fruchtbarer geworden, weil mehr und mehr Menschen sehen, dass es nicht ausreicht, eine Krise zu verwalten und Krisenmanagement zu betreiben. Wir müssen Europa jetzt auch eine neue politische Perspektive geben. Außerdem war es notwendig, in die eine oder andere innerdeutsche Debatte einzugreifen. Es gab da verunglückte Äußerungen, wie jene eines Landesministers, der an Griechenland ein Exempel statuieren wollte. Der Ton macht die Musik, gerade in der Europapolitik. Ich habe jetzt aber den Eindruck: Immer mehr überzeugte Europäer finden zu ihrer Stimme zurück.
Frage: Die Süddeutsche Zeitung schrieb unlängst von einer "Achse des Misstrauens", zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Merkel und Hollande.
Westerwelle: Das ist unzutreffend.
Frage: Inwiefern?
Westerwelle: Beobachter müssen immer zuspitzen, weil sie glauben, dass dadurch die Dinge klarer werden. Das passt aber in Sachen Europa nicht. Die Lage ist kompliziert, und wir werden ihr nur gerecht, wenn wir differenziert herangehen. Die Forderung nach einer Vergemeinschaftung der Schulden Europas wird doch nicht nur von einigen europäischen Regierungen erhoben, sondern auch von der deutschen Opposition. Das ist also eher eine politisch-inhaltliche Diskussion als eine Auseinandersetzung zum Beispiel zwischen Berlin und Paris. Nationale Zuspitzungen sind da unpassend. Natürlich gibt es vor EU-Gipfeln Vorverhandlungen mit unterschiedlichen Positionen. Entscheidend ist aber nicht, dass man mit identischen Haltungen in Verhandlungen hineingeht, sondern dass anschließend ein guter Kompromiss herauskommt. Wir denken: Man löst keine Schuldenkrise, indem man das Schuldenmachen erleichtert.
Frage: Ist das ein Hauptproblem, dass man zu vieles aus der deutschen Warte sieht?
Westerwelle: Wir Deutsche sind derzeit stark. Wir müssen aber mit unserer Stärke sensibel umgehen. Derzeit prägt sich das Deutschlandbild in Europa und der Welt auf viele Jahre. Ich rate zu Fingerspitzengefühl. Die teutonische Keule der Selbstüberschätzung wird schnell zu einem Bumerang. Kein anderes Land in Europa ist wie Deutschland mit seiner Exportwirtschaft und mit Millionen Arbeitsplätzen so sehr mit Europa verbunden. Wir exportieren mehr nach Belgien als nach Brasilien.
Frage: Ein anderes Thema: Der Russland-Beauftragte der Bundesregierung, Andreas Schockenhoff, hat die russische Regierung immer wieder stark kritisiert, jetzt wird er von der russischen Regierung nicht mehr als Gesprächspartner anerkannt. Übertreibt er oder übertreiben die Russen?
Westerwelle: Wir haben eine Modernisierungspartnerschaft mit Russland. Da geht es nicht nur um Handelsinteressen und Energielieferungen, sondern auch um einen Rechtsstaatsdialog. Es ist allgemein bekannt, dass wir mit einigen Entscheidungen der russischen Politik, ich denke etwa an die Syrien-Frage im Sicherheitsrat, nicht einverstanden sind. Ich rate dazu, den Gesprächsfaden gerade bei den Meinungsverschiedenheiten mit Russland nicht zu kappen oder auszudünnen, sondern zu kräftigen.
Frage: An wen geht dieser Appell?
Westerwelle: An alle.
Frage: Wie sehen Sie den Petersburger Dialog?
Westerwelle: Der Petersburger Dialog ist eine wichtige deutsch-russische Plattform. Die Kontakte zwischen unseren Zivilgesellschaften sind von großer Bedeutung. Gerade weil wir manche Entwicklung in Russland kritisch sehen, sollten wir uns unserer Einwirkungsmöglichkeiten auf Russland nicht dadurch berauben, dass wir den Gesprächsfaden abschneiden.
Frage: Noch eine Frage zum Kabinett: Wolfgang Schäuble wird in der Europapolitik sehr viel wahrgenommen, oft mehr als Sie. Wie kommt das?
Westerwelle: Solche Eifersuchtsbetrachtungen sind fehl am Platze. Gerade in Krisenzeiten hat jeder in seinem Geschäftsbereich seine Arbeit zu erledigen. Dass der Finanzminister beim finanztechnischen Umgang mit der Schuldenkrise in vorderster Linie steht, liegt in der Natur der Sache.
Frage: In den Meinungsumfragen sind Ihre Popularitätswerte aber zumindest steigbar. Beschäftigt Sie das?
Westerwelle: Ich freue mich über die gute Entwicklung in den vergangenen Monaten. Ansonsten: Man muss das tun, was richtig ist.

FDP Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T. 030 - 28 49 58 43
F. 030 - 28 49 58 42

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.